



SCHULE

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Oldenburg in den Bereichen ihrer Zuständigkeit die Voraussetzungen für eine gute Schule schafft. Schule ist zwar nicht nur Ländersache, aber Kommunen wie die Stadt Oldenburg werden in der Schulpolitik oft mit Rahmenbedingungen konfrontiert, die wenig Möglichkeiten lassen. Wir lehnen auf

Landesebene Oberschulen ab, akzeptieren sie aber vor Ort, weil sie dem Wunsch vieler Kooperativer Haupt- und Realschulen entsprechen. Wir fordern außerdem:

- Die Einrichtung weiterer Ganztagschulen
- Weitere IGSen für Oldenburg
- Die finanzielle Förderung der Horte und ähnlicher Einrichtungen, solange Niedersachsen keine verpflichtende Ganztagschule einführt
- Die Aufhebung der Trennung zwischen allgemeinem und Förderschulsystem im Rahmen von Inklusion
- Die Integration von Schulentwicklungs-, Jugendhilfe- und Sozialplanung
- Die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dies bedeutet vor allem die Förderung ihrer Sprachkompetenz

INTEGRATION

In Oldenburg leben immer mehr Menschen, die nicht hier geboren wurden. Insgesamt ist Migration eine Bereicherung für unsere Stadt. Unsere Stadtgesellschaft wird sprachlich und kulturell vielfältiger, eine gestaltende Integrationspolitik daher aber immer wichtiger. Deswegen setzen wir uns für eine offene und tolerante Gesellschaft in Oldenburg ein und fordern:

- Die stärkere Beteiligung der Aufnahmegesellschaft und ihrer Institutionen, Einrichtungen und Angebote am Prozess der Integration
- Besonders für Mädchen aus Familien mit Migrationshintergrund das Recht auf einen von Tradition und Familie unbehinderten Bildungsweg
- Die Weiterführung der Ausbildung von Integrationslotsen, die andere Migrantinnen und Migranten in schwierigen Situationen unterstützen
- Die Einstellung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung
- Die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften, da diese keine menschenwürdige Unterbringungsform sind
- Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen des Oldenburger Stadtgebiets

SOZIALES UND ARBEIT

Vielen Menschen dienen Arbeit und Beruf nicht nur zur ökonomischen Absicherung sondern auch zur individuellen Sinnstiftung. Immer mehr Stellen sind aber befristet oder unsicher. Dies und weitere Schlüsselthemen wie Inklusion, Wohnen, demografischer Wandel und Gesundheit fordern die Kommunalpolitik heraus. Wir verlangen daher:

- Die politische Kontrolle des Jobcenters über die Trägerversammlung
- Eine juristische Beratung von Arbeitslosen durch unabhängige Stellen wie die Arbeitslosenselbsthilfe ALSO
- Den Ausbau und die ausreichende finanzielle Ausstattung dieser Beratung auch in den Stadtteilen
- Den Erhalt und die Weiterentwicklung des Oldenburg-Passes (z.B. Staatstheater) sowie den Ausbau von VWG-Ermäßigungen
- Die zügige Besetzung der Stabsstelle Demografie
- Den Ausbau der „offenen Altenarbeit“ in den Stadtteilzentren und den Aufbau einer Beratungsstelle für Senioren mit Migrationshintergrund
- Den seniorengerechten Aus- und Umbau von Wohnungen zu erschwinglichen Mieten sowie die Entwicklung altersgerechter Wohnformen
- Die Einrichtung von Wohnbereichen für jüngere Pflegebedürftige in Pflegeheimen



WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Im Bereich der Ökonomie gilt, dass wir Alternativen zu unserer bisherigen Lebensführung entwickeln müssen und durch lokales Handeln globale Verantwortung übernehmen. Dies stellt alle Kommunen vor finanzielle Herausforderungen. Wir fordern:

- Die Unterstützung der Gründung junger Unternehmen aus den Hochschulen durch städtische Wirtschaftsförderung
- Die Vergabe kommunaler Wirtschaftsförderung zu mindestens 40% an Frauen
- Keine Privatisierung städtischer Unternehmen
- Die weitere kommunalpolitische Unterstützung des Aufstiegs Oldenburgs zur führenden Stadt für regenerative Energien im Nordwesten
- Die Unterstützung des neuen Medizinstudiengangs an der Universität und den Oldenburger Krankenhäusern – ohne Kürzungen anderer Studiengänge und bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau der oldenburgischen Kliniken
- Keine neuen Fachmärkte auf der grünen Wiese
- Die Kooperation Oldenburgs mit den Nachbarkommunen bei der Wirtschaftsförderung statt Konkurrenzdenken
- Eine Ausweitung der Gewerbesteuer und eine Reform der Grundsteuer
- Ein stärkeres Engagement des Landes beim kommunalen Finanzausgleich
- Die Vermeidung von Verbeamtungen durch die Stadt



Foto: Tobias Frick



DAS WAHLPROGRAMM

Dies ist eine Kurzfassung des Wahlprogramms des Stadtverbandes Oldenburg Bündnis 90/Die Grünen für die Kommunalwahl vom 11. September 2011. Grundlage unserer Politik wird das vollständige Programm sein, das unter www.oldenburg-wählt-grün.de heruntergeladen werden kann und in unserer Geschäftsstelle erhältlich ist.

KONTAKT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Oldenburg
Friedensplatz 4 · 26122 Oldenburg
Tel.: 0441 87936 · Fax 0441 2488530
E-Mail: info@gruene-oldenburg.de

www.gruene-oldenburg.de
www.oldenburg-wählt-grün.de

DIE STADT SIND WIR!

WIR MACHEN DAS KLAR.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
STADTVERBAND OLDENBURG



**Unser Wahlprogramm
für Oldenburg - in Kürze.**

ViSdP: Bündnis 90/Die Grünen Stadtverband Oldenburg

Foto: Tobias Frick

KOMMUNALWAHL 2011

WIR MACHEN DAS KLAR.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

STADTVERBAND OLDENBURG



LIEBE OLDENBURGERINNEN UND OLDENBURGER,

seit dreißig Jahren arbeitet eine Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Oldenburger Stadtrat – und es gibt so viel zu tun wie eh und je. Aus unserem umfassenden Programm für die kommende Ratsperiode möchten wir Ihnen hier unsere Schwerpunkte vorstellen:

BÜRGERBETEILIGUNG

Basisdemokratie ist ein grünes Grundprinzip, von dem Kommunalpolitik profitieren kann, weil es direkte und unkonventionelle Formen der Bürgerbeteiligung ermöglicht. Gerade bei strittigen Fragen kann die Stadtpolitik dabei nur gewinnen, denn so werden Entscheidungen zusätzlich abgesichert. Darum fordern wir:

- Die feste Verankerung der Bürgerbeteiligung im städtischen Haushalt
- Die Vereinfachung von Bürgerentscheiden in Oldenburg
- Die Vereinfachung des Bürgerhaushaltes und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über dessen Chancen
- Eine kommunale Informationsfreiheitssatzung
- Die kritische Überprüfung der Effektivität öffentlicher Kameraüberwachung und der Sperrstunde
- Die prominente Publizierung aktueller und vergangener Ratsitzungen und Ratsentscheidungen auf der städtischen Homepage
- Die Wiedereinführung der Stichwahl für das Amt des/r Oberbürgermeisters/-in und des Landrats
- Die Abwahl des Oberbürgermeisters

STADTENTWICKLUNG

Kaum ein Thema ist bei der Kommunalwahl wichtiger als Stadtentwicklung. Oldenburg steht hier im Vergleich zu anderen Städten der Region und Deutschlands gut da. Diesen positiven Trend wollen wir steuern und stärken, damit Oldenburgs Einzigartigkeit auch in Zukunft besteht. Wir fordern:

- Die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an gesamtstädtischen und Stadtteil-Projekten
- Einen städtebaulichen Wettbewerb für das Gelände Kaserne Donnerschwee, das einer Mischnutzung aus Wohnen und Kleingewerbe zugeführt werden soll
- Die Reduzierung des Leerstandes von Wohnungen in der Innenstadt
- Ein Förderprogramm für den Mietwohnungsbau
- Behutsame Nachverdichtung statt Flächenfraß am Stadtrand
- Keine weitere Vergrößerung der Verkaufsfläche des ECE-Centers („Schlosshöfe“)
- Die konsequente und umgehende Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen an der Strecke nach Wilhelmshaven sowie den Bau einer Güterverkehrsstraße



Foto: Gorilla - Fotolia.com

FAMILIEN UND KINDER

Oldenburg muss sich keine Sorgen über schrumpfende Bevölkerungszahlen machen – Oldenburg ist auch eine Stadt der Familien und Kinder. Daher ist Familienpolitik für Oldenburg so wichtig. Wir fordern:

- Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten für städtische Beschäftigte
- Qualifizierte Betreuungsmöglichkeiten in der Stadt
- Die Einstellung qualifizierter Fachkräfte für Sozialarbeit
- Ambulante Unterstützungsangebote für Familien und Kinder
- Den Erhalt der dritten sozialpädagogischen Fachkraft pro KiTa-Gruppe
- Kindergartenplätze, die unabhängig vom Träger gleichviel kosten
- Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros und die Förderung des Stadtjugendrings

FRAUENPOLITIK

Geschlechtergerechtigkeit ist eine der Säulen unseres Gerechtigkeitsbegriffs. Aktive Politik für Frauen ist für uns daher die logische Konsequenz universaler und unteilbarer Menschenrechte und unserer Auffassung von Demokratie. Wir sind zwar gut vorangekommen, doch auch auf städtischer Ebene kann noch nicht von tatsächlicher Gleichberechtigung gesprochen werden. Wir fordern deshalb:

- Die Förderung von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Erziehungs-, Haus- oder Pflegearbeit ermutigen
- Die weitere Absicherung und Unterstützung der frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen
- Die geschlechtsspezifische Ausweisung der Fördermittel, die das Jobcenter vergibt
- Die städtische Förderung des Frauen-Nacht-Taxis
- Die geschlechtergerechte Besetzung von Ratsgremien und anderen Gremien, in die die Stadt Mitglieder entsendet
- Die Einführung einer Frauenquote von mindestens 50 % in Führungspositionen der Stadtverwaltung

LESBEN, SCHWULE, BISEXUELLE UND TRANS*

Oldenburg wird bunter. Dazu gehören auch Lebensformen, die aus der heterosexuellen Norm fallen. Wir begrüßen diese Kulturen, sehen aber ihre Anfeindung mit Sorge. Wir fordern im Rahmen unserer kommunalpolitischen Möglichkeiten:

- Die Bekämpfung von Homo- und Transphobie in gesamtstädtischer Anstrengung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung durch die Stadt Oldenburg
- Bildungsangebote und Seminare für Jugendgruppenleitende und weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Eine Jugendarbeit, die Jugendlichen dabei hilft, ihre sexuelle Identität jenseits von Normen und Normal-Vorstellungen zu finden
- Eine Stadt, die als Arbeitgeberin ein Klima der Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten schafft und so eine Vorreiterrolle übernimmt
- Die Sicherstellung des Rechtes auf selbstbestimmte Sexualität in ambulanten und stationären Einrichtungen für hilfsbedürftige Menschen



Foto: CC-BY Punsstewenephtil

* „Trans“ fasst transsexuell, transgender, transidentisch, transgenial usw. in ein Wort

WWW.OLDENBURG-WÄHLT-GRÜN.DE

ENERGIE UND UMWELT

Die Frage der zukünftigen Energieversorgung ist auf kommunaler und globaler Ebene gleichermaßen fundamental. Auf kommunaler Ebene müssen wir passende Lösungen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung finden. Dies verlangen nicht nur umweltschutzpolitische Notwendigkeiten, sondern genauso soziale und wirtschaftliche Belange. Wir fordern:

- Den Ausbau und die Aufwertung der Energieleitstelle zur zentralen Verwaltungseinheit für alle Energiefragen
- Die Wiedereinrichtung des Dezernats für Umwelt
- Die Optimierung der Straßenbeleuchtung im Hinblick auf den Stromverbrauch
- Die Errichtung aller städtischen Neubauten im Passivhausstandard und die Sanierung von städtischem Baubestand und GSG-Wohnungen nach umweltpolitischen Gesichtspunkten
- Eine Aufklärungs- und Informationskampagne zum Energiesparen durch Altbauanierung
- Die wettbewerbs- und ergebnisoffene Ausschreibung des Konzessionsvertrages mit dem Ziel einer atomstromfreien und möglichst CO₂-neutralen Energieversorgung für die Stadt
- Mehr Investitionen der EWE in regenerative Energien
- Die Ausweisung des Weißenmoores und der Sübäkeniederung als Landschaftsschutzgebiet
- Einen Solarpark auf dem Fliegerhorst mit integriertem Naturschutzgebiet

VERKEHR

Verkehrspolitik hat einen hohen Stellenwert in der Kommunalpolitik. Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger bereit, die immensen Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs hinzunehmen, favorisieren aber eine gemeinsame und gleichberechtigte Nutzung der Straßen. Dafür muss jedoch der ÖPNV weiter gestärkt werden, die Diskriminierung des Radverkehrs aufhören und die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger erhöht werden. Wir fordern:

- Die bauliche Trennung von Rad- und Fußwegen mit Radwegen auf Fahrbahnniveau
- Den Rückbau der Radfahr-Ampeln
- Eine bedarfsgerechte Taktfrequenz im öffentlichen Personennahverkehr
- Die Ausbau und Elektrifizierung der Strecke nach Wilhelmshaven
- Die Einrichtung eines Bahnhaltendes Wechloy und ggf. weiterer Haltepunkte im Norden und Süden des Stadtgebietes
- Die Prüfung innovativer Lösungen für den Autoverkehr wie Kreisverkehre
- Den Verzicht auf den Ausbau von Parkmöglichkeiten in der Innenstadt
- Die Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans der Stadt Oldenburg

KULTUR UND SPORT

Kultur, Sport und Freizeit tragen zum Wohlbefinden in und zum Stolz auf unsere Stadt bei. Wir wollen Oldenburgs kulturelle Vielfalt, alte und neue Szenen, Medien und Stile erhalten und stärken. Wir fordern:

- Die Ausweitung der Stadtteilbibliotheken
- Einen kostenlosen Kultursommer
- Die Stärkung des Lokalsenders oeins
- Die stärkere Zusammenarbeit von freier Theaterszene und Staatstheater
- Mehr reguläre Arbeitsverträge im Kulturbereich
- Die Einführung einer Kulturförderabgabe
- Die Erschließung der Sportstätten in der Kaserne Donnerschwee und auf dem Fliegerhorst
- Die Umgestaltung oder Schaffung von geeigneten Grünflächen als Spiel- und Bewegungsplätze
- Den Erhalt der dezentralen Hallenbäder in Eversten, Nadorst und Kreyenbrück

